

■ ERDÖLVERTEUERUNG UND BUDGETKONSOLIDIERUNG DÄMPFEN WIRTSCHAFTSWACHSTUM

PROGNOSE FÜR 2000 UND 2001

Der Anstieg der Rohölpreise und die forcierte Budgetkonsolidierung werden das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr abschwächen. Nach einem kräftigen Konjunkturaufschwung 2000 (+3,5%) wächst die Wirtschaft 2001 um nur noch 2,8%.

Der Konjunkturaufschwung erreicht in Österreich heuer einen Höhepunkt. Das reale Bruttoinlandsprodukt steigt um 3½% – das ist die höchste Wachstumsrate seit 1990. Kräftige Impulse kommen von allen Nachfragekomponenten: Export, Investitionen und Konsum.

Im Jahr 2001 werden die aus der Erdölverteuerung und der forcierten Budgetkonsolidierung resultierenden Kaufkrafteinbußen den Aufschwung verlangsamen. Das Wirtschaftswachstum wird auf 2,8% zurückgehen. Gemäß dem WIFO-Konjunkturtest hat die Einschätzung der Geschäftslage ihren Plafond erreicht, sie verbessert sich seit einigen Monaten nicht weiter.

Die Rohölpreise stiegen im Herbst auf mehr als 30 \$ je Barrel, seit ihrem Tief Ende 1998 haben sie sich damit verdreifacht. Die Anhebung der OPEC-Förderquoten hat die Preisentwicklung bisher kaum beruhigt. Wenn der Erdölpreis dieses Niveau längere Zeit hält, muss mit spürbaren Auswirkungen auf die Wirtschaft gerechnet werden. Nach einer vorsichtigen Schätzung erreicht die Wachstumsdämpfung 2001 ¼ Prozentpunkt. Eine rasche Steigerung der Exporte in die erdölproduzierenden Länder würde den Kaufkraftverlust mildern, doch fehlten in den Sommermonaten in Österreich Hinweise darauf.

Der hohe Erdölpreis ruft Erinnerungen an die Preisschocks 1973/74 und 1979/80 wach. Seither haben jedoch alle OECD-Staaten ihre Abhängigkeit von den Rohölimporten deutlich reduziert. Weiters dürfte der verstärkte Wettbewerb es heute erschweren, die Verteuerung von Erdöl auf Löhne und Verbraucherpreise zu überwälzen. Die Risiken für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft haben aber zweifellos stark zugenommen.

Restriktive Effekte werden in Österreich im nächsten Jahr auch von der forcierten Budgetkonsolidierung ausgehen. Die Lohnsteuereinnahmen werden durch das neue „Sparpaket“ um rund 10 Mrd. S angehoben, Sozialleistungen werden gekürzt, und Vorauszahlungen an Körperschaft- und Einkommensteuern von

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter des WIFO.

Hauptergebnisse der Prognose

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt						
Real	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,1	+ 3,5	+ 2,8	
Nominell	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,8	+ 4,2	
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,3	+ 6,5	+ 4,8	
Private Konsumausgaben, real	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,7	+ 2,8	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 0,8	+ 6,8	+ 2,9	+ 4,4	+ 3,5	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,6	+10,6	+ 5,5	+ 7,5	+ 6,5	
Bauten	- 1,6	+ 4,1	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,0	
Warenexporte ³⁾						
Real	+16,5	+ 8,1	+ 6,9	+12,0	+ 7,5	
Nominell	+16,8	+ 8,4	+ 7,0	+15,4	+10,2	
Warenimporte ³⁾						
Real	+ 9,4	+ 7,1	+ 5,4	+ 8,0	+ 6,0	
Nominell	+10,9	+ 6,6	+ 6,7	+13,4	+ 8,1	
Leistungsbilanzsaldo	Mrd. S	-79,2	-64,5	-75,1	-84,8	-70,4
	Mrd. Euro			- 5,5	- 6,2	- 5,1
	in % des BIP	- 3,1	- 2,5	- 2,8	- 3,0	- 2,4
Sekundärmarktrendite ⁴⁾	in %	5,7	4,7	4,7	5,6	5,6
Verbraucherpreise		+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,5
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾		4,4	4,5	3,8	3,5	3,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		7,1	7,2	6,7	5,9	5,3
Unselbständig Beschäftigte ⁷⁾		+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8
Finanzierungssaldo des Staates	in % des BIP	- 1,7	- 2,3	- 2,1	- 1,6	- 0,8

¹⁾ Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. – ²⁾ Einschließlich sonstiger Anlagen. – ³⁾ Laut Statistik Österreich. – ⁴⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark). – ⁵⁾ Laut Eurostat. – ⁶⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁷⁾ Ohne Präsenzdiener und Bezieher von Karenzgeld.

15 Mrd. S belasten die Wirtschaft. Angesichts der Abschaffung der Investitionsprämie mit 1. Jänner 2001 werden Unternehmen Investitionen in das laufende Jahr vorverlegen. Wegen dieser Vorzieheffekte wird die Investitionstätigkeit 2001 etwas gedrückt sein.

Die geplanten Einsparungen im Bereich der Pensionen und Beamtengehälter bremsen den Kaufkraftzuwachs. Nach ersten vorläufigen Schätzungen könnte das „Sparpaket“ das Wirtschaftswachstum 2001 und 2002 um jeweils ¼ Prozentpunkt dämpfen. Aufgrund des „Sparpakets“ wird das Defizit der öffentlichen Haushalte 2001 auf 0,8% des BIP sinken. Die Lücke im Bundeshaushalt wird etwa 1½% des BIP betragen, die Länder könnten durch Einsparungen und Auslagerungen einen Überschuss von 0,7% des BIP erzielen. Die Steuer- und Abgabenquote wird 2001 auf fast 46% steigen.

In den USA werden von der Geldpolitik restriktive Effekte ausgehen. Die Notenbank der USA hat wegen zunehmender Inflationsrisiken ihre Politik gestrafft. Die Zinsstruktur ist in den USA seit mehreren Monaten invers, d. h. die kurzfristigen Zinssätze übersteigen die langfristigen. In der Vergangenheit hatte eine solche Konstellation mit einer gewissen Verzögerung eine Konjunkturabschwächung zur Folge. Auch die europäische Zentralbank hat die Leitzinsen im Laufe des Jahres kräftig angehoben. In der Euro-Zone liegen die kurzfristigen Zinssätze jedoch noch unter den langfristigen. Dämpfende Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung werden hier deshalb vorerst begrenzt sein.

Die Leistungsbilanz wird heuer durch den Anstieg der Energieimporte stark belastet. Ihr Defizit steigt um rund

10 Mrd. S auf 3% des BIP. Ein hohes Passivum bedeutet jedoch kein unmittelbares währungspolitisches Problem mehr, seit Österreich der Euro-Zone angehört. Die Gefahr wird auch geringer eingeschätzt, seit die florierende, wettbewerbsstarke Wirtschaft der USA ein enormes Leistungsbilanzdefizit aufweist. Überdies wird das Leistungsbilanzdefizit Österreichs 2001 wieder sinken, sobald die Rohölnotierungen nachgeben.

Unter der Annahme, dass im nächsten Jahr der Rohölpreis auf etwa 27 \$ je Barrel zurückgeht und der Euro-Kurs steigt, dürfte die Inflationsrate 2001 auf 1,5% sinken – vor allem weil der Beitrag der Energiepreise zur Teuerungsrate (+0,8 Prozentpunkte im Jahr 2000) wegfällt. Weiters wird unterstellt, dass die Überwälzung der Rohölverteuerung auf die Verbraucherpreise wegen des verschärften Wettbewerbs geringer ausfällt als in der Vergangenheit.

Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums wird sich auch auf das Tempo der Beschäftigungsausweitung auswirken. Im nächsten Jahr wird die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 25.000 höher sein als heuer (2000: +30.000). Die Arbeitslosenquote (laut AMS) geht weiter deutlich zurück (von 5,9% auf 5,3%), weil die neuen Arbeitsplätze nicht mehr im selben Ausmaß wie in der Vergangenheit durch jene besetzt werden, die neu auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Das demographisch bedingte Arbeitskräfteangebot ist rückläufig. Weiters hat die hohe Intensität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z. B. Job Coaching) den Nebeneffekt, dass die Arbeitswilligkeit und -fähigkeit der Arbeitslosen besser eingeschätzt werden kann. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wird häufiger gesperrt als früher. Aus all diesen Gründen wird die Arbeitslosenquote laut Eurostat – nach Einbeziehung der Arbeitskräfteerhebung – viel schwächer zurückgehen als jene laut AMS.

FORCIERTE BUDGETKONSOLIDIERUNG

Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte wird heuer mit 1,6% des BIP etwas unter den bisherigen Erwartungen liegen. Im Jahr 2001 werden die Konsolidierungsmaßnahmen eine Halbierung des Defizits gegenüber 2000 bewirken.

Der Staatshaushalt wirkt im Jahr 2000 expansiv auf die Wirtschaftsentwicklung, weil die Kosten der Steuerreform und des Familienpakets großteils durch Einmalmaßnahmen ausgeglichen werden, die kaum nachfragewirksam sind. Das Defizit der öffentlichen Haushalte wird heuer 1,6% des BIP betragen (nach -2,1% 1999). Vor allem aufgrund höherer Lohnsteuereinnahmen ist es etwas niedriger als zuletzt prognostiziert.

Im nächsten Jahr werden Einmalmaßnahmen durch einkommenswirksame Maßnahmen ersetzt werden. Der

Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik



Bruch: ESVG 1979/ESVG 1995. - ¹⁾ In der verarbeitenden Industrie, gegenüber den Handelspartnern, in einheitlicher Währung. - ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - ³⁾ Ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzgeld.

Staatshaushalt wirkt deshalb 2001 restriktiv. Die Lohnsteuereinnahmen werden durch das jüngste „Sparpaket“ insgesamt um rund 10 Mrd. S angehoben, Sozialleistungen (Arbeitslosengeld) werden gekürzt, und Vorauszahlungen an Körperschaft- und Einkommensteuern (15 Mrd. S) belasten die Wirtschaft. Einsparungen im Bereich der Pensionen wurden bereits beschlossen, im öffentlichen Dienst sind sie geplant.

Aufgrund des „Sparpakets“ wird das Defizit der öffentlichen Haushalte 2001 auf 0,8% des BIP sinken. Die Lücke im Bundshaushalt wird etwa 1 1/2% des BIP betragen, die Länder könnten durch Einsparungen und Auslagerungen einen Überschuss von 0,7% des BIP erzielen. Die Steuer- und Abgabenquote wird 2001 auf fast 46% steigen (2000 44 1/2%).

Nach ersten groben und vorläufigen Schätzungen könnte das „Sparpaket“ das Wirtschaftswachstum 2001 und 2002 um jeweils 1/4 Prozentpunkt dämpfen. Genauere Modellrechnungen wird das WIFO vornehmen, sobald alle Maßnahmen fixiert sind.

Die Revision der Wachstumsprognose für das Jahr 2001 dürfte die Staatseinnahmen wenig tangieren. Die Pro-

gnose der Lohn- und Gehaltssumme als wichtigste Steuer- und Abgabenbasis bleibt ebenso wie jene der Arbeitslosenquote nahezu unverändert. Das Aufkommen an Verbrauchsteuern wird jedoch etwas schwächer steigen als heuer.

RESTRIKTIVERER KURS DER GELDPOLITIK

Die Notenbank der USA hat infolge der hohen Kapazitätsauslastung und der zunehmenden Stabilitätsrisiken die geldpolitischen Zügel bis Mai gestrafft. Im Laufe eines Jahres wurde die Federal Funds Rate um etwa 1 1/2 Prozentpunkte auf 6,5% erhöht. Die Zinsstruktur ist in den USA seit mehreren Monaten invers, d. h. die von der Notenbank beeinflussten kurzfristigen Zinssätze übersteigen die langfristigen. In der Vergangenheit hatte eine solche Konstellation – sofern sie einige Zeit anhielt – regelmäßig mit einer gewissen Verzögerung eine Konjunkturabschwächung zur Folge. Die restriktive Geldpolitik dürfte deshalb das Wirtschaftswachstum in den USA im kommenden Jahr spürbar dämpfen.

Auch die Europäische Zentralbank schwenkte von einem expansiven auf einen neutralen Kurs der Geldpolitik ein,

Wirtschaftspolitische Bestimmungsfaktoren					
	1997	1998	1999	2000	2001
	Mrd. S				
<i>Budgetpolitik</i>					
Finanzierungssaldo des Bundes	-67,7	-77,0	-64,7	-60,0	-45,0
	In % des BIP				
Finanzierungssaldo des Bundes	- 2,7	- 2,9	- 2,4	- 2,1	- 1,5
Finanzierungssaldo des Staates	- 1,7	- 2,3	- 2,1	- 1,6	- 0,8
Primärsaldo des Staates	2,1	1,5	1,5	1,9	2,6
	In %				
<i>Geldpolitik</i>					
Dreimonatszinssatz	3,5	3,6	3,0	4,3	4,8
Sekundärmarktrendite ¹⁾	5,7	4,7	4,7	5,6	5,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
<i>Effektiver Wechselkurs</i>					
Nominell	- 1,7	+ 2,8	+ 1,5	- 1,8	+ 1,7
Real	- 4,6	+ 0,3	- 1,1	- 2,5	+ 0,7

¹⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren (Benchmark).

um Inflationsgefahren vorzubeugen. Sie hat die Leitzinsen im Laufe eines Jahres um 2 Prozentpunkte angehoben. Als Gründe für diesen geldpolitischen Kurs werden Inflationsrisiken und zu rasches Wachstum der Geldmenge angeführt. Der Anstieg der Rohölpreise, der eine Kaufkraftverlagerung zu den erdölproduzierenden Ländern bewirkt, sollte weder auf die Löhne noch auf die Zinssätze weitergewälzt werden.

Im Gegensatz zu den USA liegen die kurzfristigen Zinssätze in der Euro-Zone noch unter den langfristigen. Die Dämpfung der Wirtschaftsentwicklung wird vorerst gering ausfallen. Die Liquiditätsversorgung ist in der EU noch immer reichlich.

Für 2001 wird unterstellt, dass die Rohölpreise etwas zurückgehen und der Euro-Kurs steigt. Unter diesen Annahmen werden die Inflationsrisiken geringer, sodass keine fühlbare Straffung der Geldpolitik zu erwarten ist. Die kurzfristigen Zinssätze dürften unter der 5%-Marke bleiben, die langfristigen etwas über 5½%.

ERDÖLPREISE DÄMPFEN KONJUNKTUR-AUFSCHWUNG IN DEN INDUSTRIELÄNDERN

Die Rohölpreise stiegen im Herbst auf den höchsten Wert der letzten zehn Jahre. Sie überschritten die Marke von 30 \$ je Barrel, seit ihrem Tief Ende 1998 haben sie sich damit verdreifacht. Die Anhebung der OPEC-Förderquoten und die Freigabe eines Teils der strategischen Reserven der USA haben die Preisentwicklung bisher kaum beruhigt. Die Ursachen der Verteuerung dürften der Anstieg des Energieverbrauchs im Zuge des hohen Wachstums der Weltwirtschaft sowie Spekulationsbewegungen sein.

Wenn der Erdölpreis längere Zeit auf diesem Niveau bleibt, muss mit spürbaren Auswirkungen auf die Kon-

junktur gerechnet werden. Das WIFO erwartet in seiner Prognose, dass der Rohölpreis heuer im Jahresdurchschnitt rund 29 \$ je Barrel erreicht, um 12 \$ mehr als vor einem Jahr. Für 2001 wird ein Rückgang der Notierungen auf 27 \$ unterstellt, da der spekulative Teil des Anstiegs kurzfristiger Natur ist und eine weitere Erhöhung der Förderquoten in Aussicht steht.

Das WIFO hat mit internationalen Modellen die Auswirkungen eines dauerhaften Erdölpreisanstiegs um 10 \$ auf die Weltwirtschaft berechnet. Die Modelle brachten überwiegend das Ergebnis, dass für Europa auf Jahresbasis mit Wachstumseinbußen von rund ¼ Prozentpunkt zu rechnen ist. Wesentlich gravierender wirkt sich die Erdölverteuerung auf die Preise aus.

Rund 1% der Wirtschaftsleistung Europas fließt aufgrund der Rohölverteuerung in die erdölproduzierenden Staaten. Dieser Kaufkraftverlust kann umso besser verkräftet werden, je rascher die Exporte in diese Länder anspringen. Wie die Erfahrungen der siebziger Jahre zeigen, können die restriktiven Wirkungen der Erdölverteuerung zunächst durch einen Lagerboom im Bereich der energieintensiven Produkte verdeckt werden.

Die Erdölpreisschocks 1973/74 und 1979/80 gingen mit einem Hoch der Weltkonjunktur einher. Die durch die Erdölverteuerung ausgelöste Lagerspekulation kurbelte die Nachfrage temporär an. Nach ihrem Zusammenbruch gerieten die Industrieländer in die Rezession. Seither haben freilich alle OECD-Staaten ihre Abhängigkeit von Rohölimporten deutlich reduziert. Weiters dürfte der verschärfte Wettbewerb es heute erschweren, die Erdölverteuerung auf die Löhne und die Verbraucherpreise zu überwälzen. Die Risiken für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft haben jedoch zweifellos stark zugenommen.

In der ersten Jahreshälfte expandierte die Weltwirtschaft sehr kräftig. In den USA war das Wachstum neuerlich höher als erwartet, und in Westeuropa setzte sich der Aufschwung zügig fort. Wesentliche Impulse kamen von der Konjunkturerholung in den Schwellen- und Entwicklungsländern.

In den USA werden die restriktive Geldpolitik und der Kaufkraftausfall infolge der Erdölverteuerung die Konjunktur spürbar dämpfen. Erste Anzeichen waren bereits in den Sommermonaten zu erkennen. Das Wirtschaftswachstum wird 2001 nur 2¾% erreichen (nach +5% im Jahr 2000). Eine Konjunkturabschwächung wurde für die USA zwar auch in den letzten Jahren schon prognostiziert, wegen der inversen Zinsstruktur und der Erdölverteuerung ist die aktuelle Einschätzung jedoch besser begründet.

In Europa boomt der Export, gestärkt durch den niedrigen Euro-Kurs. Durch die Schwäche des Euro und die günstigen Wirtschaftsaussichten hat die Euro-Zone zugleich für internationale Investoren an Attraktivität ge-

Annahmen über die internationale Konjunktur

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoinlandsprodukt, real					
OECD insgesamt	+ 3,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 4,0	+ 2,8
USA	+ 4,4	+ 4,4	+ 4,2	+ 5,0	+ 2,8
Japan	+ 1,6	- 2,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,5
EU	+ 2,5	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,3	+ 2,8
Euro-Raum	+ 2,3	+ 2,7	+ 2,3	+ 3,5	+ 3,0
Deutschland	+ 1,4	+ 2,1	+ 1,6	+ 3,0	+ 2,8
Ost-Mitteleuropa ¹⁾	+ 4,7	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,2	+ 4,5
Welthandel, real	+10,0	+ 5,4	+ 5,7	+10,5	+ 7,5
OECD-Exporte	+10,9	+ 5,7	+ 4,7	+10,5	+ 7,5
Intra-OECD-Handel	+11,3	+ 8,3	+ 6,6	+10,3	+ 7,5
Marktwachstum ²⁾ Österreichs	+ 9,4	+11,5	+ 3,8	+10,0	+ 7,5
Weltmarkt-Rohstoffpreise ³⁾					
Insgesamt	- 2,0	-23,0	+13,0	+41,0	- 4,0
Ohne Rohöl	+ 1,0	-13,0	- 8,0	+ 3,0	+ 3,0
Erdölpreis ⁴⁾ \$ je Barrel	19,1	12,6	17,3	29,0	27,0
Wechselkurs \$ je ECU bzw. Euro	1,134	1,121	1,07	0,94	0,99

¹⁾ Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn. – ²⁾ Veränderungsrate der realen Importe der Partnerländer gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ³⁾ HWWA-Index, Dollarbasis. – ⁴⁾ Durchschnittlicher Importpreis der OECD (cif).

wonnen. Der Nachholbedarf im Informations- und Kommunikationssektor liefert zusätzliche Impulse für die Investitionstätigkeit. Die Wirtschaft der Euro-Zone wird heuer um 3½% expandieren. Im nächsten Jahr wird die Wachstumsrate wegen der Auswirkungen der Erdölverteuerung und der Anhebung der Zinssätze seit Anfang 2000 merklich geringer ausfallen.

In Deutschland kommt die Wirtschaftsentwicklung ebenfalls gut voran. Die entscheidenden Impulse liefert der Export. Auch die Direktinvestitionen der USA in Deutschland haben stark zugenommen. Privater Konsum und Bauinvestitionen entwickeln sich dagegen schwach. Das Wirtschaftswachstum wird sich in Deutschland von 3% auf 2¾% im Jahr 2001 abschwächen.

EXPORTDYNAMIK LÄSST 2001 NACH

Der kräftige Aufschwung der österreichischen Wirtschaft wird durch die Erdölverteuerung getrübt. Laut WIFO-Konjunkturtest hat die Einschätzung der Geschäftslage in den Sommermonaten ihren Höchstwert erreicht. Die Konjunkturerwartungen verbessern sich seit einigen Monaten nicht weiter.

Im Jahr 2000 steigt das reale BIP in Österreich voraussichtlich um gut 3½% (1. Halbjahr +3,9%) – die höchste Wachstumsrate seit 1990. Nächstes Jahr lassen der Kaufkraftenzug durch die Erdölverteuerung und die forcierte Budgetkonsolidierung den BIP-Zuwachs auf 2¾% sinken.

Das Wirtschaftswachstum wird heuer besonders vom Export stimuliert. Die Warenexporte nehmen real um rund 12% zu. Die Steigerung der Nachfrage aus Drittländern geht noch über jene der EU hinaus, da sich die internationale Wettbewerbsposition Österreichs durch den Wertverlust des Euro merklich verbessert. Die Exporte in die OPEC-Länder haben bisher noch kaum auf den Kaufkraftgewinn dieser Länder reagiert.

Produktivität

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Gesamtwirtschaft					
Bruttoinlandsprodukt, real	+1,2	+2,9	+2,1	+3,5	+2,8
Erwerbstätige ¹⁾	+0,5	+0,9	+1,4	+1,0	+0,8
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+0,7	+1,9	+0,7	+2,5	+1,9
Vollzeitäquivalent	+1,3	+2,4	+1,1	+2,9	+2,3
Sachgütererzeugung					
Produktion ²⁾	+3,8	+3,4	+2,3	+6,5	+4,8
Beschäftigte ³⁾	-1,4	+0,1	-0,7	±0,0	±0,0
Stundenproduktivität ⁴⁾	+5,4	+3,2	+3,6	+4,6	+4,8
Geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten ⁵⁾	-0,1	+0,1	-0,6	+1,8	±0,0

¹⁾ Unselbständige (Beschäftigungsverhältnisse) und Selbständige laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. – ²⁾ Nettoproduktionswert, real. – ³⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ⁴⁾ Produktion je geleistete Beschäftigtenstunde. – ⁵⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Österreich.

Durch die Terms-of-Trade-Verschlechterung wird der BIP-Deflator im Jahr 2000 stark gedrückt. Die Importpreise der Waren steigen um mindestens 2 Prozentpunkte rascher als die Exportpreise. Das nominelle BIP ist deshalb heuer kein geeigneter Indikator für die Schätzung der Einnahmen des Staates.

Dank der kräftigen Auslandsnachfrage und der guten Kapazitätsauslastung haben die Unternehmen ihre Investitionen kräftig erhöht. Gegen Jahresende sind überdies wegen der bevorstehenden Abschaffung der Investitionsprämie Vorzieheffekte im Bereich der Maschinen- und Fahrzeugkäufe zu erwarten. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen sich 2000 real um 7½%, im nächsten Jahr wird sich ihr Wachstum etwas abschwächen.

Die Sachgüterproduktion profitiert heuer vor allem vom Exportboom, aber auch von der starken Inlandsnachfrage. Sie wird um 6½% und nächstes Jahr um fast 5% zunehmen. Die Investitionsgüterbranchen weisen die höchsten Export- und Produktionszuwächse auf, vor den Erzeugern von Vorleistungen.

Auch in der Bauwirtschaft sind Vorzieheffekte wegen der Streichung der Investitionsprämie zu erwarten, Rechnungen für Bauleistungen werden soweit wie möglich noch in diesem Jahr ausgestellt werden. Die Bauwirtschaft dürfte heuer real um 2%, nächstes Jahr um 1% wachsen. Die geringe Nachfrage nach Wohnungen drückt den Neubau, der Wirtschaftsbau gewinnt jedoch an Dynamik.

Im Tourismus kann für 2000 ein Zuwachs der realen Deviseneinnahmen um 2½% erwartet werden, obwohl die Zahl der Nächtigungen stagniert. Die Reiseverkehrsbilanz verschlechtert sich im Gegensatz zu den letzten Jahren, da die Urlaubsausgaben der Österreicher stark zunehmen.

Das Passivum in der Leistungsbilanz erhöht sich heuer spürbar: um rund 10 Mrd. S auf 85 Mrd. S. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der Zunahme der Energieimporte um 20 bis 25 Mrd. S. Ein hohes Defizit gilt aber nicht mehr als unmittelbares währungspolitisches Problem, seit Österreich der Euro-Zone angehört. Die

Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Land- und Forstwirtschaft	62,0	60,1	60,1	+3,0	-3,0	±0,0
Sachgütererzeugung und Bergbau ¹⁾	506,5	539,4	565,3	+2,3	+6,5	+4,8
Energie- und Wasserversorgung	70,7	73,5	75,0	-0,6	+4,0	+2,0
Bauwesen	192,9	196,7	198,7	+1,1	+2,0	+1,0
Handel ²⁾	318,9	330,7	339,0	+3,2	+3,7	+2,5
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	92,5	94,8	97,7	+3,0	+2,5	+3,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	201,1	211,1	220,6	+4,5	+5,0	+4,5
Kreditinstitute und Versicherungen	189,1	194,8	199,7	-1,6	+3,0	+2,5
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	344,9	357,0	369,5	+3,3	+3,5	+3,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	159,3	160,9	161,7	+0,7	+1,0	+0,5
Sonstige Dienstleistungen	322,2	327,0	330,3	+1,7	+1,5	+1,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	2.460,2	2.546,3	2.617,6	+2,1	+3,5	+2,8
Bruttoinlandsprodukt	2.573,8	2.664,5	2.738,6	+2,1	+3,5	+2,8

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. – ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. – ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. – ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. – ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühr und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Gefahr wird auch geringer eingeschätzt, seit die florierende, wettbewerbsstarke Wirtschaft der USA ein enormes Leistungsbilanzdefizit aufweist. Überdies wird das Leistungsbilanzdefizit Österreichs 2001 wieder sinken, sobald die Rohölnotierungen nachgeben.

BUDGETKONSOLIDIERUNG BREMST KAUFKRAFT- UND KONSUMSTIEGERUNG

Nach der kräftigen Ausweitung der Konsumausgaben im Jahr 2000, die durch Steuerreform und „Familienpaket“ alimentiert wurde, werden die Maßnahmen zur forcierten Budgetkonsolidierung 2001 das Konsumwachstum bremsen.

Der private Konsum wächst heuer real um 2,8%, gestützt durch den Kaufkraftimpuls der Steuerreform und des „Familienpakets“. Vor allem der Handel mit elektronischen Geräten floriert, dagegen stagniert der Absatz von Autos auf hohem Niveau. Der Großhandel wächst dank der Dynamik des Außenhandels noch rascher als der Einzelhandel.

Im nächsten Jahr werden die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung die Kaufkraft und den Konsum drücken. Schon in seiner Juni-Prognose berücksichtigte das WIFO Vorkehrungen zur Eindämmung des Anstiegs von Pensionen und Beamtengehältern. Durch diskretionäre Maßnahmen werden nunmehr im Rahmen des derzeit diskutierten Sparpakets die Lohnsteuereinnahmen 2001 um rund 10 Mrd. S angehoben (das macht mehr als die

Entwicklung der Nachfrage

	1999	2000	2001	1999	2000	2001
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Real (zu Preisen von 1995)</i>						
Konsumausgaben insgesamt	1.938,3	1.978,5	2.008,2	+2,2	+2,1	+1,5
Private Haushalte ¹⁾	1.435,5	1.475,7	1.505,3	+2,7	+2,8	+2,0
Staat	502,8	502,8	502,8	+1,0	±0,0	±0,0
Bruttoinvestitionen	620,6	653,6	683,2	-0,1	+5,3	+4,5
Bruttoanlageinvestitionen	623,4	650,8	673,3	+2,9	+4,4	+3,5
Ausrüstungen ²⁾	270,9	291,3	310,2	+5,5	+7,5	+6,5
Bauten	352,5	359,5	363,1	+1,0	+2,0	+1,0
Vorratsveränderung ³⁾	-2,8	2,9	9,9			
Statistische Differenz	-6,7	0,0	0,0			
Inländische Verwendung	2.552,2	2.632,2	2.691,4	+1,4	+3,1	+2,2
Exporte	1.185,7	1.281,6	1.349,4	+3,5	+8,1	+5,3
Reiseverkehr	133,4	136,6	141,0	+1,9	+2,4	+3,2
Minus Importe	1.164,1	1.249,2	1.302,1	+1,9	+7,3	+4,2
Reiseverkehr	103,9	108,4	111,5	-2,3	+4,3	+2,9
Bruttoinlandsprodukt	2.573,8	2.664,5	2.738,6	+2,1	+3,5	+2,8
Nominell	2.688,7	2.818,1	2.935,5	+3,0	+4,8	+4,2
Mrd. Euro	195,4	204,8	213,3			

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich immaterieller Anlagen, sonstiger Ausrüstungen, Nutztiere und Nutzpflanzen. – ³⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Hälfte der Lohnsteuersenkung 2000 wett). Weiters werden Krankenversicherungsbeiträge für Hausfrauen ohne Kinder eingeführt und Arbeitslosengeldzahlungen gekürzt (Streichung der Familienzuschläge, einmonatige Wartefrist bei einvernehmlicher Kündigung). Wenn die Anhebung der Vorauszahlungen wie geplant beschlossen wird, dann fällt auch die Körperschaft- und Einkommensteuerbelastung schon 2001, nicht erst 2002, um rund 15 Mrd. S höher aus.

Die Wachstumsrate der realen Nettomasseneinkommen für 2001 muss deshalb gegenüber der WIFO-Prognose vom Juni um etwa 1 Prozentpunkt auf +0,8% zurückgenommen werden. Trotz eines erwarteten kräftigen Rückgangs der Sparquote wird die Prognose des privaten Konsums von +2,6% auf +2% revidiert.

NACHLASSENDER PREISAUFTRIEB

Die Energieverteuerung hat den Preisauftrieb heuer deutlich verstärkt. Die Inflationsrate liegt im Jahresdurchschnitt 2000 voraussichtlich bei 2,3%. Dazu tragen der Anstieg der Energiepreise (um fast 10%) 0,8 Prozentpunkte und die Anhebung der Kfz-Steuern 0,2 Prozentpunkte bei. Der Anstieg des Harmonisierten

Konsum, Einkommen und Preise

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real				
Private Konsumausgaben ¹⁾	+0,1	+1,5	+2,7	+2,8	+2,0
Dauerhafte Konsumgüter	-3,5	+1,9	+5,7	+1,8	+1,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+0,7	+1,5	+2,2	+2,9	+2,1
Nettomasseneinkommen	-2,0	+2,5	+3,1	+2,0	+0,8
In %					
Inflationsrate	1,3	0,9	0,6	2,0	1,5
Kerninflation ²⁾	1,1	1,2	0,8	1,8	2,2

¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und Nahrungsmittel.

Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	1997	1998	1999	2000	2001
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer ¹⁾	+0,7	+2,8	+2,1	+2,0	+2,6
Vollzeitäquivalent	+1,3	+3,2	+2,6	+2,4	+3,0
Realeinkommen je Arbeitnehmer ¹⁾					
Brutto	-1,1	+2,1	+1,4	-0,3	+1,1
Netto	-3,5	+2,5	+1,2	+0,6	+0,3
Nettomasseneinkommen, nominell	-0,3	+3,2	+3,8	+4,3	+2,3
Lohnstückkosten					
Gesamtwirtschaft	+0,3	+1,3	+1,8	-0,2	+0,9
Sachgütererzeugung	-4,0	-0,7	-0,5	-2,5	-1,7
Relative Lohnstückkosten ²⁾					
Gegenüber dem Durchschnitt der Handelspartner	-3,5	+0,4	-1,4	-3,3	+0,2
Gegenüber Deutschland	+1,3	+1,5	-0,1	-0,5	-0,2
Effektiver Wechselkurs Industriewaren					
Nominell	-1,8	+2,5	+0,6	-2,0	+1,3
Real	-4,3	+0,5	-1,3	-2,5	+0,4

¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse. – ²⁾ In der Sachgütererzeugung, in einheitlicher Währung; Minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Verbraucherpreisindex entspricht in Österreich etwa dem EU-Durchschnitt.

Die Inflationsrate wird 2001 zurückgehen, weil der Beitrag der Energiepreise zur Teuerung wegfallen dürfte. Die „Kerninflation“ steigt jedoch weiter.

Im nächsten Jahr dürfte die Inflationsrate wieder auf 1,5% zurückgehen, vor allem weil der Beitrag der Energiepreise zum Preisanstieg 2001 wegfällt. Dies setzt voraus, dass die Prognoseannahmen sich bestätigen, d. h. die Rohölpreise sinken und der Euro-Kurs steigt.

Eine weitere wichtige Bedingung für die deutliche Verlangsamung der Inflation besteht darin, dass die hohen Energiekosten wegen des schärferen Wettbewerbs nur in eingeschränktem Maße auf die industriell-gewerblichen Preise und die Löhne überwälzt werden. Die WIFO-Prognose nimmt für die Löhne und Gehälter je Vollzeitbeschäftigten 2001 eine Zunahme um 3% an (nach +2,4% in diesem Jahr), wobei die öffentlichen Tarifverträge die Rate dämpfen. Die Lohnsteigerung würde durch den Zuwachs der Arbeitsproduktivität weitgehend kompensiert. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten werden demnach nahezu stabil bleiben (+1/2%). Darüber hinaus werden die Verbilligung von Telefongebühren und Strom für private Haushalte sowie die zu erwartende Festigung des Euro-Kurses den Preisanstieg bremsen.

Ab dem Jahr 2001 wird der Verbraucherpreisindex auf ein neues Jahr umbasiert. In der Vergangenheit haben solche Umstellungen die Teuerungsrate eher gedrückt. Sollte diese Tendenz auch für den neuen Index gelten, dann wäre 2001 aus statistischen Gründen eine leichte Preisdämpfung zu erwarten.

Der prognostizierte Rückgang der Inflationsrate sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die „Kernin-

Arbeitsmarkt

	1997	1998	1999	2000	2001	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
<i>Nachfrage nach Arbeitskräften</i>						
Unselbständig und selbständig Erwerbstätige	+ 8,8	+22,1	+32,2	+30,4	+24,5	
Unselbständig Beschäftigte insgesamt ¹⁾	+ 8,3	+21,1	+31,2	+28,5	+22,5	
Ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzgeld	+12,8	+29,8	+37,2	+31,5	+24,0	
Veränderung gegen das Vorjahr	in %	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,8
Präsenzdienner und Bezieher von Karenzgeld ¹⁾	- 4,4	- 8,7	- 6,0	- 3,0	- 1,5	
Ausländische Arbeitskräfte	- 1,6	- 0,2	+ 7,8	+15,0	+17,0	
Selbständige ²⁾	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,9	+ 2,0	
<i>Angebot an Arbeitskräften</i>						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige)	+13,5	+11,0	+19,8	+16,4	+13,8	
Erwerbspersonen im Inland	+11,7	+26,5	+16,2	+ 4,7	+ 6,5	
Ausländer	- 1,7	+ 0,7	+ 6,6	+13,0	+14,0	
Wanderung von Inländern	+ 5,4	+ 3,9	+ 3,0	- 1,5	- 1,0	
Inländer	+ 8,0	+21,9	+ 6,6	- 6,8	- 6,5	
<i>Überschuss an Arbeitskräften</i>						
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	+ 2,8	+ 4,4	-16,1	-25,7	-18,0	
Stand	in 1.000	233,3	237,8	221,7	196,0	178,0
<i>Arbeitslosenquote</i>						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	4,4	4,5	3,8	3,5	3,4	
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,4	6,5	6,0	5,3	4,8	
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,1	7,2	6,7	5,9	5,3	
Erwerbsquote ⁴⁾	67,2	67,6	67,6	67,5	67,5	
Beschäftigungsquote ⁵⁾	62,9	63,2	63,6	64,0	64,2	

¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴⁾ Erwerbspersonen in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige). – ⁵⁾ Erwerbstätige in % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15- bis 64-Jährige).

flation“ (ohne Energie und Nahrungsmittel) weiter steigen wird: von 1,8% auf 2,2% im Jahr 2001.

WEITERER RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT

Der kräftige Konjunkturaufschwung hat die Arbeitsmarktsituation heuer deutlich verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist rasch gesunken, die Beschäftigung jedoch nur mäßig gestiegen. Die Arbeitslosenquote wird 2001 neuerlich zurückgehen. Dazu tragen die gute Beschäftigungslage, das relativ knappe Arbeitskräfteangebot und institutionelle Faktoren bei.

Die Zahl der Beschäftigten steigt heuer im Vorjahresvergleich um rund 1% (+31.500). Der Zuwachs war bis zum Frühjahr höher als im letzten Jahr, flacht jedoch seither ab. Gemessen am Wirtschaftswachstum ist die Ausweitung der Arbeitsplätze ungewöhnlich schwach, d. h. die Arbeitsproduktivität steigt kräftig. Abgesehen von statistischen Bereinigungen (z. B. in Wien) hängt dies mit beträchtlichen „Vorzieheffekten“ angesichts der Neuregelung des vorzeitigen Pensionsantritts zusammen: Viele Arbeitnehmer, insbesondere im öffentlichen

Dienst, traten noch vor deren Inkrafttreten in den Ruhestand. Der Ersatz ausscheidender Arbeitskräfte wird durch ein relativ knappes Arbeitskräfteangebot und Budgetbeschränkungen im öffentlichen Dienst erschwert.

Im nächsten Jahr wird es etwa 24.000 zusätzliche Arbeitsplätze geben. Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums wirkt sich damit auch auf das Tempo der Beschäftigungsausweitung aus. Aufgrund der Neuregelungen bezüglich der Krankenversicherungsbeiträge für Hausfrauen ohne Kinder dürfte ein Teil der Betroffenen eine Teilzeitbeschäftigung knapp über der Geringfügigkeitsgrenze anstreben. Der Beschäftigungszuwachs wird dadurch verstärkt.

Die Arbeitslosigkeit geht heuer mit –26.000 rascher zurück, als von der Beschäftigungsentwicklung her zu erwarten wäre. Die zusätzlichen Arbeitsplätze werden in stärkerem Maße durch Arbeitslose besetzt, weil die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft und die „stille Reserve“ schon teilweise abgebaut wurde. Ein

weiterer Grund für die starke Verringerung der Arbeitslosenquote liegt in der relativ hohen Intensität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (z. B. Job Coaching). Diese haben den Nebeneffekt, dass die Arbeitswilligkeit und -fähigkeit der Arbeitslosen besser eingeschätzt werden kann. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld wird häufiger gesperrt als früher.

Diese Tendenzen werden auch im nächsten Jahr anhalten. Die Arbeitslosenquote (laut AMS) geht von 5,9% auf 5,3% im Jahr 2001 zurück. Die von Eurostat errechnete Arbeitslosenquote beträgt heuer nur 3,5%, sie wird nächstes Jahr nur leicht sinken. Die Eurostat-Berechnung ist jedoch umfangreichen Revisionen unterworfen: So wurde die Arbeitslosenquote für 1999 von 4,6% auf 3,8% korrigiert. Größere Änderungen in die Gegenrichtung sind nicht auszuschließen, sobald der neue Mikrozensus (Arbeitskräfteerhebung vom März) als Berechnungsbasis herangezogen wird.

Abgeschlossen am 4. Oktober 2000.